

einsteigen. Auf das 1868er Abkommen zielte deshalb die Königlich Niederländische Regierung ab, als sie am 27. Juli 1953 mit einer Verbalnote an das Bonner Außenministerium in die schleppenden Verhandlungen eingriff, die private Gruppen der holländischen und der deutschen Schifffahrt über die Regelung des Transport- und des Frachtenrechts auf dem Rhein miteinander führten.

Die Note setzte genau dort an, wo Bonn am empfindlichsten ist: bei der Integrationspolitik des Bundeskanzlers. Wirtschaftsminister Professor Erhard und Verkehrsminister Dr. Seehofer erschrocken

sierung denkt, so ist es sinnlos, zwischen Kanälen und Flüssen zu unterscheiden, da zwischen ihnen nur ein wasserbautechnischer Unterschied besteht.“

Bonn ließ sich mit der Antwort auf die holländische Note Zeit. Das Königlich Niederländische Außenministerium konnte drei Monate lang über die Problematik von Teil-Unionen getrennter Nationalwirtschaften sinnieren. Aus den Erfahrungen mit der Benelux, der niederländisch-belgisch-luxemburgischen Zollunion, ist ihm diese Problematik sowieso vertraut.

Was die Montanunion gerade jetzt in eine Krise führte, was die Agrarunion und

Westdeutschlands Binnenschifffahrt will einem schrankenlosen Rheinverkehr nicht zustimmen und sich auf einen Dumping-Krieg nicht einlassen, weil dadurch auch die deutschen Seehäfen, vor allem Hamburg, veröden und die Dienstleistungen aus dem Ex- und Import zu einem Devisengeschäft der Holländer auf deutsche Kosten werden könnten.

Daß die niederländische Binnenschifffahrt für solch einen Unterbietungskampf gerüstet ist, spüren alle die westdeutschen Verleger, die in den letzten Monaten Pauschal-Offerten aus Holland auf ihren Schreibtischen fanden.

Ihr Inhalt ist immer der gleiche: „Was die deutsche Konkurrenz auch verlangen mag“, schreiben die Holländer, „wir fahren um eine Mark je Tonne billiger.“

EUROPA-UNION

Entlastung mit Vorbehalt

Wir sind auf gut Deutsch pleite.“ Mit diesem traurigen Fazit hatte der Vizepräsident der Europa-Union, Journalist und Kanzler-Interviewer Ernst Friedlaender, noch im letzten Monat des alten Jahres einen grundsätzlichen Antrag begründet, den er am 4. Dezember zu dem statutenmäßig vorgesehenen Jahreskongreß der Europa-Union in Bonn eingebracht hatte. Dieser Friedlaendersche Antrag zielte darauf ab, den Jahreskongreß nur als internen Arbeitskongreß — also ohne Entlastung und Neuwahl des Europa-Union-Präsidiums — abzuhalten. Friedlaenders Vorstoß richtete sich gegen die Tagesordnungspläne des Präsidenten der Europa-Union, des Professors Dr. Eugen Kogon.

Präsident Kogon hatte am Nachmittag des 4. Dezember im Bonner Bürgervereinshaus in der Konprinzenstraße dem Hauptausschuß der Europa-Union vorgeschlagen, den ordentlichen Jahreskongreß, wie vereinsrechtlich üblich, über die Bühne gehen zu lassen, das Präsidium also neu zu wählen, und im übrigen zu beraten, wie man durch Satzungsänderungen sowie durch Reorganisation des Hauptverbandes und der Landesverbände der Europa-Union endlich die chronische Verschuldung, die so alt ist wie die Europäische Bewegung, überwinden könne.

Dabei hatte Dr. Eugen Kogon zu erkennen gegeben, daß er diesmal mit seinem einige Jahre alten Entschluß, nicht wieder für die Wahl zum Präsidium zu kandidieren, unbedingt ernst machen wolle. Ein verständlicher Verzicht für einen Mann, der zwar von Freunden als „personifizierter Kampf ums Dasein“ bezeichnet wird, der aber, zählt man nur die wichtigsten beruflichen und organisatorischen Verpflichtungen Dr. Kogons zusammen, einen Katalog von Tätigkeiten aufweist, die auszuüben die Kraft eines Dutzends normaler Staatsbürger erfordert. Dr. Eugen Kogon ist

- Professor für politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule Darmstadt,
- Herausgeber der „Frankfurter Hefte“,
- Inhaber des „Europäischen Informationsdienstes“,
- Leiter des „Büros für politische-Studien GmbH.“,
- Inhaber der „Europa-Film GmbH.“,
- Präsident der deutschen Europa-Union,
- Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung,
- Vorsitzender des Zentralkomitees der Union Europäischer Föderalisten,
- Mitglied des Internationalen Aktionskomitees für die Europäische Verfassung,



Hollands Reeder wollen Rechte: Erhöhter Tonnagebedarf bei Rhein-Niedrigwasser

hier zum erstenmal vor einem Griff an ihr Liberalisierungsportepce.

Denn in der Note klagte die holländische Regierung:

- Der niederländischen Flotte sei der freie Zugang zum innerdeutschen Verkehr untersagt, weil die Bundesrepublik ihre Verkehrspolitik nationalwirtschaftlichen Rücksichten unterstelle.
- Nationalwirtschaftliche Verkehrspolitik aber störe die Entwicklung zur europäischen Marktgemeinschaft. Und
- jede Störung dieser Marktgemeinschaft schwäche das Bestreben der Regierungen, eine Europäische Gemeinschaft auf der Grundlage enger politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit und einen freien Austausch von Gütern, Diensten, Kapitalien und Personen herbeizuführen.

Hollands Schifffahrt verlangte aber nicht nur ungehemmte Beteiligung am binnendeutschen Rheinverkehr. In der Note wurde das ungehinderte Befahren deutscher Wasserstraßen durch holländische Schiffe auch für die westdeutschen Kanäle verlangt. Das, obwohl diese Kanäle ausschließlich deutscher Souveränität unterstehen.

Um diesen Zweck zu erreichen, schlug Hollands europäisches Herz wieder besonders laut. Meinte der Direktor der großen Damco-Reederei, Mynheer van Gunsteren: „Wenn man in den heutigen Begriffen von westeuropäischer Integration und Liberali-

die Verkehrsunion bis heute undurchführbar machte, das gilt verstärkt für eine Rheinschifffahrtsunion: Noch so integrationsfreudige Staaten können nicht auf nationale Schutzbestimmungen in einem gefährdeten Teilgebiet der Wirtschaft verzichten, solange sie keinen natürlichen Ausgleich auf einem anderen Felde finden. Die europäische Wirtschaftsintegration ist eine Frage des Alles oder Nichts.

Punkt zehn der Bonner Antwort vom 26. Oktober war deshalb der bedeutungsvollste: Eine deutsch-holländische Kommission solle ein Frachtensystem ausarbeiten, das „sowohl den Erfordernissen des Verkehrs als auch den Bedürfnissen der verladenden Wirtschaft Rechnung trägt“.

Bonn hielt trotz seiner europäischen Begeisterung an der Verkehrsplanung auf dem Rhein und den Kanälen fest, um sich gegen holländische Dumpingfrachten im deutschen Binnenschifffahrtsverkehr zu sichern.

Denn in den Niederlanden sind

- die Schifferlöhne um rund zehn Prozent niedriger als in Westdeutschland,
- die Brennstoffe billiger,
- fast alle Binnenschifffahrts-Gesellschaften finanziell mit Seereedereien verknüpft, die gern auf Gewinne aus dem Flußtransport verzichten, um einträgliche Seefrachten zu bekommen und den Umschlag in ihren Seehäfen zu vergrößern.

- Mitglied des Internationalen Exekutivbüros der Europäischen Bewegung und
- Mitglied des Leitungsrates des Europäischen Kulturzentrums.

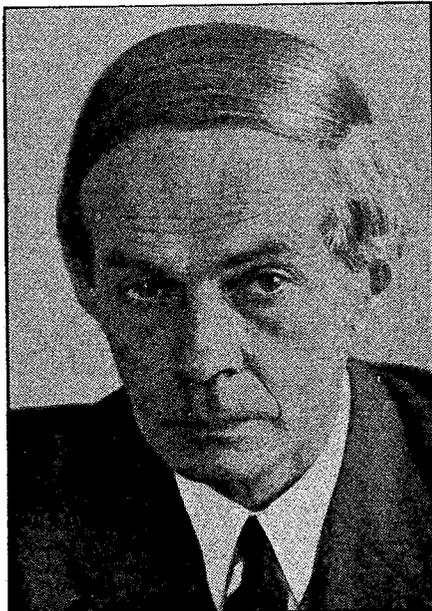
Ernst Friedlaender glaubte im Gegensatz zu Dr. Eugen Kogon nicht daran, daß man durch neue Statuten aus den alten Schulden herauskäme. Die Europa-Union sei „in solcher Deroute“, klärte Friedlaender den Hauptausschuß der Europa-Union in Bonn auf, daß zunächst einmal „geeignete Personen“ (ein Dreier-Ausschuß) die Voraussetzungen für eine finanzielle Gesundung schaffen sollten.

Das bisherige Präsidium müsse zwar suspendiert werden. Aber erst nach Besprechungen mit Geldgebern könnten für die Neuwahl des Präsidiums personelle Vorschläge gemacht werden, hinter denen dann Geldzusagen stünden. Jedenfalls gebe es jetzt keinen anderen Ausweg, als den ordentlichen Jahreskongreß zu vertagen, denn: „Ich glaube, die Entlastung des Präsidiums kann nicht vorgenommen werden.“

Soviel Offenheit kam dem Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern der Europa-Union, dem früheren bayerischen Justizminister Dr. Josef Müller, dem Ochsenpepp, durchaus gelegen. Der „Ochs“ hatte schon vor zwei Jahren und seither noch einige Male von Dr. Eugen Kogon Auskunft erbeten über die Geldquellen und Geldverhältnisse der Europa-Union. „Die Europa-Union darf unter keinen Umständen eine durch US-Nachrichtendienst oder ähnliche Gruppen organisierte oder finanzierte Sache werden“, sagte sich Dr. Josef Müller ständig.

Eugen Kogon hatte indes auf solche Aufklärungs-Wünsche immer nur mit politischen Grundsatzausführungen geantwortet und damit den Applaus der Europa-Streiter eingeholte. Die Fragen nach den Finanzen der Europa-Union versickerten regelmäßig im Sand der großen Worte.

Jetzt, auf der Sitzung des Hauptausschusses der Europa-Union am 4. Dezem-



Alle Überlappungen...
Journalist **Friedlaender**

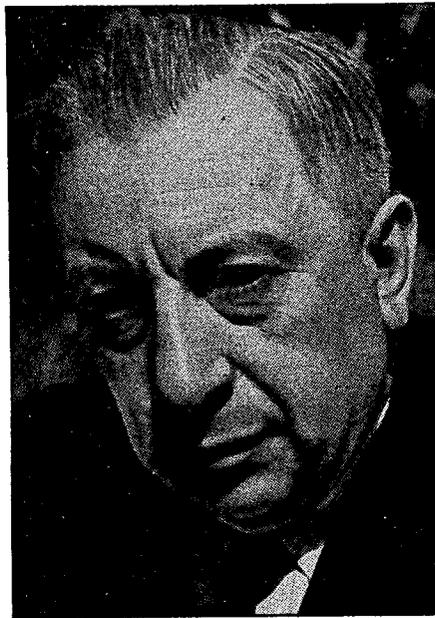
ber in Bonn, sah der Ochsenpepp seine große Chance, Klarheit zu schaffen. Er unterstützte Ernst Friedlaenders Vertagungsantrag: „Heute kann nichts beschlossen werden, weil wir nichts finanzieren

können.“ Und: „Immerhin ist die Situation so ernst, daß wir uns hier nicht über Statutenänderungen unterhalten sollten... Wir sollten beraten, wie wir den finanziellen Zusammenbruch abwenden.“ Präsident Dr. Eugen Kogon resignierte: „Einverstanden, also zunächst Finanzen.“

So beschloß der Hauptausschuß der Europa-Union, den Jahreskongreß 1953 auf 1954 zu vertagen, und debattierte die Verschuldung der Europa-Union. In den Büchern der Europa-Union sind als Schulden ausgewiesen per

- 30. 9. 52: 33 236,88 Mark,
- 31. 3. 53: 69 691,23 Mark,
- 31. 7. 53: rund 75 000 Mark,
- 30. 11. 53: rund 48 000 Mark.

Bereits im Juni 1953 hatte der Hauptausschuß der Europa-Union eine Dreier-Kommission gewählt, mit dem Auftrag, irgendwo Sanierungsgelder für eine „Entschuldungsaktion“ locker zu machen. Die



... müssen geklärt werden...
Minister a. D. **Müller**

Kommission konnte damals 75 000 Mark „einbringen“. Diese „außerordentlichen Mittel“ reichten jedoch nicht hin, das ganze Defizit abzudecken, weil zur Erfüllung der laufenden Verpflichtungen die laufenden Mittel fehlten.

Neue Verpflichtungen war das Präsidium freilich nicht eingegangen. Die Finanzkommission der Europa-Union wiederholte deshalb in der Sitzung des Hauptausschusses in Bonn vom 4. Dezember auch nicht ihre Kritik vom 30. April 1953,

- „daß auf verschiedenen Arbeitsgebieten das Generalsekretariat in wiederholten Fällen Dispositionen und Geldverpflichtungen eingegangen ist, ohne daß die nötige Deckung vorhanden oder bewilligt war oder zur Verfügung stand“.

Die Finanzkommission attestierte dem Präsidium jetzt vielmehr, daß keine Veranlassung vorgelegen habe,

- „an den bescheidenen Ausgaben des Präsidiums, einschließlich Spesen, soweit sie über die Geschäftsführung der Europa-Union gelaufen sind, Kritik zu üben“.

Aber in dem Prüfungsbericht der Treuhandgesellschaft vom 31. August 1953, aus



... bis kein Getuschel bleibt...
Anwalt **Leverkuhn**

dem zwar hervorgeht, daß in der Verwaltung der Europa-Union rechnerisch alles stimmt, steht dennoch das Wort „Zweckentfremdung“. An diesem Ausdruck, nicht an den Zahlen über die Verschuldung, entzündete sich denn auch die Debatte des Hauptausschusses, die schließlich in so krausen Formen geführt wurde, daß man den Verhandlungsleiter auswechseln mußte.

„Der bisherige Vorsitzende (Kogon) hat offensichtlich Suggestivfragen gestellt“, begründete der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Thieme seinen Geschäftsordnungsantrag, einen neuen Vorsitzenden zu wählen Kogon bat, ihn „unter Umständen“ darauf aufmerksam zu machen, wenn er Suggestivfragen stelle. Aber der Hauptausschuß bestimmte Ernst Friedlaender zum Verhandlungsleiter, der das Spitzengremium der Europa-Union ermahnte, die Vertraulichkeit der Verhandlung zu wahren.

Noch vor diesem Intermezzo hatte der hannoversche FDP-Bundestagsabgeordnete a. D. Dr. Walther Hasemann den Komplex „Zweckentfremdung“ angesteuert: „Das Problem, mit dem wir uns hier zu beschäftigen haben, ist kein finanzielles mehr, sondern eine Vertrauenskrise.“ Dr. Hasemann wünschte Klärung der „undurchsichtigen Verflechtungen in Aktionen“, die von privaten Unternehmen teilweise mit Hilfe der Europa-Union durchgeführt worden seien. Dem Präsidium könne kaum volle Entlastung erteilt werden, bevor jene „Überlappungen“ geklärt seien, „so daß nichts mehr von dem Getuschel bleibt“.

Das von Dr. Hasemann apostrophierte Getuschel geht seit Jahren um private Erwerbsgesellschaften, die der Präsident der Europa-Union, Dr. Eugen Kogon, und der geschäftsführende Vizepräsident der Europa-Union, Otto Blessing, gegründet und mit europäischen Firmennamen verziert haben. Dr. Eugen Kogons „Europäischer Informationsdienst“, ein Ein-Mann-Betrieb, veröffentlicht Broschüren Otto Blessing gibt auch Broschüren heraus, mit einer Privatgesellschaft, die „Europäische Informationszentrale“ heißt und von der Blessing die Hälfte der Anteile besitzt. Außerdem hat Dr. Eugen Kogon noch seine „Europa-Film GmbH.“ aufgezogen.

Nun bestimmt Paragraph 25 der Hauptsatzung der Europa-Union, daß die Betei-

ligung von Mitgliedern an Privatunternehmen, die sich auf die Europäische Bewegung berufen, von der Genehmigung des Hauptausschusses abhängig ist. So hat denn auch der Vorsitzende der Kommission für Satzung und Recht der Europa-Union, Freiherr von Gumpenberg, den Dr. Eugen Kogon und Otto Blessing gefragt, ob bei ihnen der Tatbestand des Paragraphen 25 gegeben sei.

Dr. Eugen Kogon versicherte dem Freiherrn, daß seine Unternehmen nichts mit seiner Eigenschaft als Präsident der Europa-Union zu tun haben und daß er sich auch nicht darauf berufe.

Vizepräsident Otto Blessing erkundigte sich bei Gumpenberg zunächst einmal nach dem Wortlaut des Paragraphen 25 und beteuerte dann, daß seine „Europäische Informationszentrale“ sich nicht auf die Europäische Bewegung beziehe und keine Subvention erhalte. Sagt Ernst Friedlaender: „Der Paragraph 25 scheint für die Mitglieder auszureichen, nicht aber für Angehörige des Präsidiums und der Landesvorstände.“

Denn im Jahre 1950 hatte die amerikanische Hohe Kommission Europa-Ausstellungen in Deutschland angeregt, für die OEEC-Gelder zur Verfügung gestellt wurden. Die erste Ausstellungsserie führte eine Nürnberger Firma durch. Dr. Eugen Kogon und Otto Blessing machten sich damals Gedanken darüber, daß diese Firma viel Geld dabei verdiente. Und Dr. Kogon kam auf die Idee, für die zweite und dritte Ausstellungsserie der US-Hochkommission mit seinem inzwischen gegründeten „Europäischen Informationsdienst“ den Amerikanern ein billigeres Angebot als die Nürnberger Firma zu machen.

„Um der Europa-Union zu helfen“, sagte Kogon, „deren Kassen damals vollkommen leer waren und deren Personal damals nicht mehr bezahlt werden konnte. Auf dem Namen meiner Firma habe ich den Auftrag nur laufen lassen, weil die Europa-Union nicht als Unternehmen auftreten konnte.“

Der „Europäische Informationsdienst“ Dr. Eugen Kogons erhielt dann tatsächlich den US-Zuschlag und veranstaltete bis 1952 nach vertraglicher Vereinbarung mit den Amerikanern die zweite und dritte Serie der Ausstellung „Europa ruft!“ „Für die Europa-Union“, versicherte Kogon dem Hauptausschuß in Bonn jetzt erneut und gestand dann freimütig: „Gewiß sind dem „Europäischen Informationsdienst“ seine Kosten abgegolten worden. Aber die Kontraktpartner ließen Verwaltungskosten nur bis zu zehn Prozent zu.“

Die Amerikaner hatten für die Ausstellung 500 000 Mark zur Verfügung gestellt, das bedeutete immerhin 50 000 Mark Einnahmen für den „Europäischen Informationsdienst“ des Dr. Eugen Kogon, der die für die Ausstellung benötigten Angestellten stundenweise von der Europa-Union ausborgt und stundenweise bezahlt hatte.

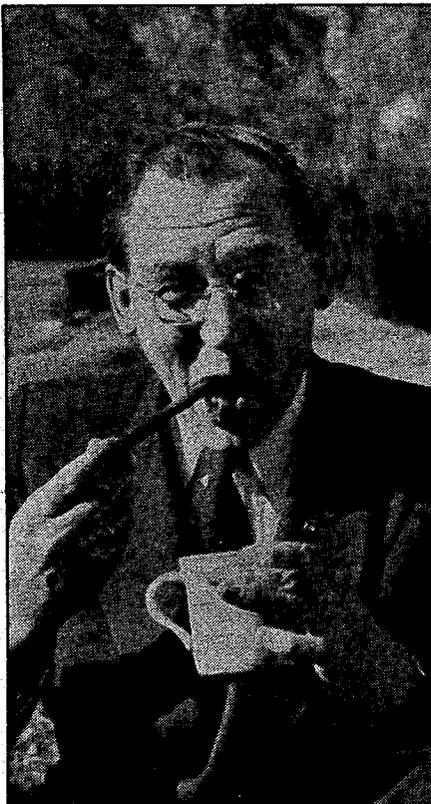
Bei einer Automobilausstellung, die gegen die Konkurrenz anderer Privatunternehmen ebenfalls von Kogons „Europäischem Informationsdienst“ durchgeführt wurde, „waren die Bedingungen so, daß finanziell dabei nichts zu gewinnen war“, sagt Dr. Eugen Kogon.

Just zu diesem Zeitpunkt hatte Kogon junior aber einen Porsche erworben. Und nur weil der Auftraggeber der Autoausstellung gerade um einen Porsche verlegen war, wurde der Porsche des Kogon junior auf der Ausstellung gezeigt. So beantwortete Kogon senior die Frage eines Delegierten vor dem Hauptausschuß, ob besagter Porsche bei der Ausstellung „abgefallen“ sei.

Einen ähnlichen Mißerfolg wie den der Autoausstellung hatte Kogon mit seiner

zweiten Gesellschaft, der „Europa-Film GmbH.“, die der Präsident der Europa-Union nur deshalb aufgemacht hatte, „weil ich glaubte, daß die Europa-Union das Risiko nicht hätte übernehmen können, einen Film zu drehen. Ich persönlich habe dabei minimal 150 000 Mark verloren“.

Trotz dieses Verlustes hatte Dr. Eugen Kogon dann aber offenbar doch noch so viel Geld, um Ende 1952 der Union Europäischer Föderalisten in Paris ein privates Geschenk von 100 000 Mark zu versprechen. zahlbar in monatlichen Raten bis zu 4000 Mark. Die für die Erfüllung seines Schenkungsversprechens notwendige Devisengenehmigung erhielt Kogon erst im



Einverstanden, zunächst Finanzen
Europa-Union-Präsident Kogon

November 1953. Die Genehmigung lautet über 100 000 Mark in fünf Raten zu 20 000 Mark und trägt den Titel: „Persönlicher Beitrag von Prof. Eugen Kogon zur Aufrechterhaltung der Arbeit des Zentralsekretariats der Union Europäischer Föderalisten in Paris.“ Indes, Dr. Eugen Kogon hat bisher die erste Rate noch nicht nach Paris geschickt.

Von dem Vizepräsidenten der Europa-Union, Otto Blessing, ist bislang nicht bekannt, ob er der Europäischen Bewegung auch Geld schenken will, obgleich seine Privatgesellschaft „Europäische Informationszentrale“ an dem „Feldzug der Völker“ mit ungewöhnlichem geschäftlichem Erfolg teilgenommen hatte.

Sagte Otto Blessing in der Bonner Debatte des Hauptausschusses: „Ein Teil der Kosten, die ich von einer Bundesstelle bekommen habe, ist über das Generalsekretariat der Europa-Union gelaufen und auch abgerechnet worden. Darüber hinaus habe ich persönliche Spenden von Geldgebern bekommen, die nicht genannt sein wollten.“

Über den Unternehmerteil ihres Präsidenten und Vizepräsidenten so ins Bild gesetzt, stimmten 57 Mitglieder des Hauptausschusses der Europa-Union mit

Nein (die restlichen neun Delegierten enthielten sich der Stimme), als Vorsitzender Ernst Friedlaender gefragt hatte:

- „Wer ist der Meinung, daß morgen Entlastung des Präsidiums beantragt werden soll?“

Nach dieser trüben Zwischenbilanz unterbrach der Hauptausschuß seine Debatte für eine Abendbrotpause mit dem Erfolg, daß die Debatte nach dem Abendessen von den frisch gestärkten Freunden des Dr. Eugen Kogon dirigiert wurde. Der Ochsen-sepp aus München drohte zwar Konsequenzen an, die der Landesverband Bayern aus den Erklärungen des Vizepräsidenten Otto Blessing ziehen müsse. Aber der Hamburger Rechtsanwalt und Journalist Dr. Curt Bley übertönte solche kleinmütigen Einwände: „In einem Augenblick, da es um den Sieg Europas geht, reden wir auf dem Niveau eines Vereins.“

Der Frankfurter Bankier und Vorsitzende der Finanzkommission der Europa-Union, Freiherr von Bethmann, gab zu bedenken, daß die „Verweigerung der Entlastung (des Präsidiums) bei der Delegiertenversammlung einen sehr schlechten Eindruck machen würde“.

Nachdem dann der Hamburger Rechtsanwalt und CDU-Abgeordnete Dr. Leverkus geratete, das Präsidium nicht einfach verschwinden zu lassen („An den Verantwortlichkeiten darf nicht gerüttelt werden.“), beschloß der Hauptausschuß der Europa-Union

- Entlastung des Präsidiums, das bis zum ordentlichen Jahreskongreß im Amt bleibt, und
- Wahl eines Dreier-Kollegiums, zu dessen Gunsten das Präsidium bis zur Neuwahl auf die Ausübung seiner Funktion verzichtet.

Das Dreier-Kollegium — gewählt wurden Ernst Friedlaender (49 Stimmen), Dr. Leverkus (49 Stimmen) und Dr. Josef Müller (33 Stimmen) — wurde beauftragt,

- Geld zu beschaffen,
- die Reorganisation der Europa-Union in Angriff zu nehmen und
- den ordentlichen Jahreskongreß 1953 bis spätestens 30. April 1954 vorzubereiten.

Präsident Dr. Eugen Kogon legt besonderen Wert auf die Feststellung, daß dieses Dreier-Kollegium ein *Unterausschuß* des Hauptausschusses der Europa-Union ist und kein *Untersuchungsausschuß*.

PRESSE-FREIHEIT

Wenn, möglicherweise, falls

Der Gerichtsassessor Wais vom Amtsgericht Stuttgart hat am dritten Weihnachtsfeiertag ein neues Beispiel dafür gegeben, wie bequem es für einen interessierten Prominenten heutzutage ist, trotz aller im Grundgesetz proklamierten Pressefreiheit mit einem knappen Akt eines Einzelrichters eine Zeitschrift beschlagnahmen zu lassen.

Gerichtsassessor Wais war einigermaßen überrascht gewesen, als an jenem Sonntagabend der Mercedes 300 des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Arnulf Klett vor seiner Wohnung gehalten hatte. Arnulf Klett hatte am Morgen dieses Festtages von einem Zeitschriften-Grossisten erfahren, daß die Illustrierte „Post“, die zwischen Weihnachten und Neujahr ausgeliefert werde, sich zwei Seiten lang unter der Überschrift „Die seltsame Karriere des Dr. Klett“ mit seiner Person beschäftige.

Dr. Klett wollte am 10. Januar, wenn ein neuer Stuttgarter Oberbürgermeister von